

Wahlen in Kenia: Stimmabgabe: friedlich – Ergebnis: heftig umkämpft. Ein Zwischenbericht

Inka Mackenbrock/Uwe Bergmeier (Fachkräfte des ZFD Programms der AGEH in Kenia)

8. August 2017: Leere Straßen, geschlossene Märkte, lange Schlangen vor den Wahllokalen. Es sind Wahlen in Kenia. Ein Großteil der kenianischen Bevölkerung ist zu ihren Heimatorten aufgebrochen. Zum einem zur Stimmabgabe in ihren registrierten Wohnorten, zum anderem auf der Flucht vor möglichen Nachwahlunruhen, die ihre eigene ethnische Gruppe treffen könnte oder auch in der Vergangenheit getroffen hat: Die Erinnerungen an die Gewaltausbrüche in 2007/2008 sind weiterhin sehr präsent: Die beiden dominanten ethnischen Gruppen, die Kikuyus unter der Führung des ehemaligen Präsidenten Mwai Kibaki und die Luos und Kalenjins unter der Führung des Präsidentschaftskandidat Raila Odinga zogen das Land in einen ‚de facto‘ Bürgerkrieg hinein, in dem ca. 1300 Menschen getötet wurden und über 600.000 Menschen aus ihren Wohnorten fliehen mussten. Die Angst vor einer neuen Eskalation ist auch bei dieser Wahl überall spürbar.



Warten auf die
Stimmabgabe
in Kitengela
Nairobi

Die politische Orientierung der WählerInnen lässt sich auch 2017 weiterhin überwiegend ethnisch zuordnen. Die *Jubilee Party of Kenya* unter Führung des 2013 mit knapper Mehrheit gewählten Präsidenten Uhuru Kenyatta (55 Jahre) wird erneut v.a. von den ethnischen Gruppen der Kikuyus und Kalenjins unterstützt. Die Partei ist im September 2016 aus der *Jubilee Alliance* mit 10 Parteien unter Führung des Präsidenten Uhuru Kenyatta und des Vizepräsidenten William Ruto gegründet worden.

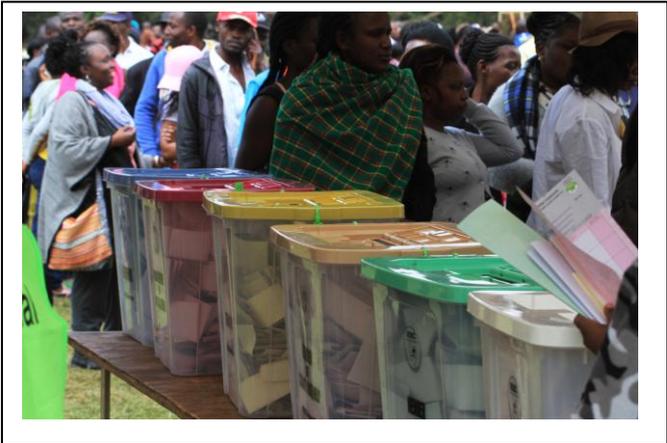
Unter der Präsidentschaft Kenyatta zählte Kenia zu einem der leistungsfähigsten Ländern in Ostafrika, mit einem ökonomischen Wachstum von 5 % und großen Infrastrukturmaßnahmen. Stark kritisiert wird die Regierung von Bevölkerung und Zivilgesellschaft für die stark ansteigenden Nahrungsmittelpreise, weiterhin hohe Arbeitslosigkeit und Korruption in allen institutionellen Bereichen. Jubilee konnte die Wahlkampagne 2017 mit Einsatz von Helikoptern, Autos und dreimonatiger Werbekampagne in den Medien zu einem großen Teil durch die Regierungsabteilung „Presidential Delivery Unit“ bezahlen lassen und hatte damit starke Vorteile.

Dem steht das gegenüber der Wahl 2013 erweiterte Oppositionsbündnis *National Super Alliance* (NASA) aus unterschiedlichen Oppositionsparteien, wie des *Orange Democratic Movement* (ODM), *Wiper Democratic Movement* (Wiper), *National Rainbow* Koalition weiteren Parteien entgegen. Es wird geführt vom Präsidentschaftskandidat Raila Odinga (72 Jahre) mit starker Unterstützung der Gruppe der Luo und dem Vizepräsidentenskandidat Kalonzo Musyoka von Seiten der Kamba.



Wahllokal
in
Westlands,
Nairobi

Für die Wahlen hatten sich über 19 Millionen Kenianer von einer Bevölkerung von 48 Millionen registriert, die Hälfte der Wähler ist unter 35 Jahre, viele als Erstwähler sehr schwer einzuschätzen. Es waren über 40,000 Wahllokale im Land eingerichtet und ca. 180,000 Sicherheitskräfte vor Ort stationiert. Die Verfassung von 2010 führte eine starke Dezentralisierung ein, die sich in den 6 Wahlgängen widerspiegelt: Vom Präsidenten, Parlamentariern, County Gouverneuren bis zu den einzelnen Abgeordneten für die jeweiligen 47 Counties. Ein Wahlbetrug sollte durch eine elektronische biometrische Erfassung von Fingerabdrücken von registrierten Wählern, aber auch die direkte elektronische Datenübermittlung in die Auszählungszentren vermieden werden. Der Mord des dafür verantwortlichen IT Managers der Wahlkommission IEBC, Chris Msando, eine Woche vor der Wahl schockierte die kenianische Bevölkerung und es gibt bis heute kein klares Motiv wie Tatverdächtige, obwohl ein Zusammenhang mit der Wahl und möglicher Einflussnahme sehr wahrscheinlich ist. Untersuchungen dauern an.



Abgabe der Stimmzettel,
Westlands, Nairobi

Die kenianische Kommission für Gerechtigkeit und Frieden (CJPC) der katholischen Bischofskonferenz ist Teil des Konsortiums von zivilgesellschaftlichen Organisationen, zusammengeslossen als lokale Wahlbeobachtungskonsortium ELOG. Das gesamte CJPC Team des nationalen Sekretariats mit Unterstützung des Zivilen Friedensdienstes der AGEH waren als Wahlbeobachter in kleinen Gruppen unterwegs, um möglichst viele Wahlstationen zu beobachten, aber auch bei der Auszählung der Stimmen nach der Wahl vor Ort zu sein. Insgesamt verlief die Stimmenabgabe friedlich, technische Hilfsmittel funktionierten viel beser als noch 2013 und bis auf kleinere Unregelmäßigkeiten war sie gut organisiert. Für eine kenianische Wahlauszählung sehr früh, wurden bereits am 11. August die

Wahlergebnisse verkündet. IEBC erklärte Uhuru Kenyatta mit einem Ergebnis von 54,3 % zum wiedergewählten Präsidenten und Raila Odinga mit 44,7% zum Verlierer. Die Ergebnisse für die jeweiligen Counties erbrachten viele Abwahlen von unbeliebten, schwachen Mandatsträgern. Ein Trend, das nicht mehr ausschließlich nach ethnischer Zugehörigkeit und entsprechender politischer Allianz gewählt wird, ist erkennbar. Zahlreiche unabhängige KandidatInnen gelangten so unerwartet zu einem Mandat. NASA mit dem Präsidentschaftskandidat Raila Odinga hat bereits am Tag nach der Wahl seinen Gegner Kenyatta des Wahlbetruges und der Manipulierung von Daten beschuldigt, sich selbst als Gewinner ausgerufen und das Ergebnis nicht anerkannt.



Wahlbeobachter des CJPC Teams
in Machakos County

Die Anschuldigungen der Opposition wurden von den internationalen wie lokalen Beobachtermmissionen, der EU, Carter Center, der African Union und ELOG nicht bestätigt. Sie rieten NASA, den juristisch vorgesehenen Weg der Petitionseingabe zu wählen.

Die Ablehnung des Ergebnisses führte zu einer Woche Nachwahlunruhen in NASA Hochburgen Kibera, Mathare (Nairobi) und Kisumu. Auch wenn die Gewalttätigkeiten nicht mit denen von 2007/8 vergleichbar waren, gab es laut der Kenyan National Commission on Human Rights (KNCHR) isolierte, mit z.T. brutalem Eingreifen von Sicherheitskräften (Schusswaffeneinsatz) eskalierte Auseinandersetzungen und bis zu 24 Toten und vielen Verletzten.

In dieser Nachwahlsituation änderte sich die Rolle der religiösen Führer, die in der sog. *Dialogue Reference Group* zuvor kontinuierlich an der Wahlbeobachtung beteiligt waren, sofort hin zu Vermittlern zwischen den politischen Lagern. Friedensbotschaften durch Pressemitteilungen, aber auch Besuche bei Opfern appellierten an die Bevölkerung, die Krise gewaltfrei auf der Basis gemeinsamer Werte von nationaler Verbundenheit, Frieden und Solidarität zu lösen. So auch der Vorsitzende der Katholischen Bischofskonferenz: „Wir appellieren an den gewählten Präsidenten und seine Regierung dieses Land zu heilen und zu vereinen, das nach den sehr emotional geführten Wahlen geteilt ist.“ Sie richteten sich auch an Raila Odinga und rieten ihm, entweder den gerichtlichen Weg der Beschwerde zu gehen oder die Wahlniederlage einzuräumen.

Erst am 16. August kündigten Raila Odinga und die NASA Repräsentanten in einer weiteren Pressekonferenz an, in der gegebenen Frist eine Petition an den dafür vorgesehenen Obersten Gerichtshof einzureichen aber weiterhin das Wahlergebnis nicht zu akzeptieren. Die kenianische Bevölkerung, wie auch die internationalen Beobachtermmissionen, hatten diesen Schritt begrüsst. Am 1. September wurde die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes mitgeteilt: Die Präsidentschaftswahlen waren mit einem 4 zu 2 Stimmanteil des Gerichts für ungültig erklärt. Der Oberste Richter David Maraga erklärte sie als „ungültig, nichtig und nicht wirksam“. In der Begründung sieht das Gericht massive Regelwidrigkeiten in der Übermittlung der Wahlergebnisse. Die sofortige Forderung der Opposition nach Entlassung führender IEBC Vertreter und volle Transparenz zu Server Daten wird von der Wahlkommission wie von Regierungslager abgelehnt.

Diese für alle Analysten der Wahl überraschende Entscheidung beschreibt einen historischen Moment in der Geschichte Kenias: Es war das dritte Mal, dass Odinga gegen Wahldurchführung im Land geklagt hat, und zum ersten Mal wird dem stattgegeben. Es ist auch das erste Mal, dass ein afrikanischer Gerichtshof de-facto eine Wahlfälschung einräumt und die Wahl annulliert. Die zu wiederholenden Präsidentschaftswahlen zwischen Odinga und Kenyatta sollen nun am 17. Oktober 2017 stattfinden. Der Wahlkampf wird fortgesetzt, die Wahlkommission benennt personelle Veränderungen, das Vertrauen der Bevölkerung in das Wahlsystem ist auf dem Nullpunkt. Der Kampf um ein Ergebnis geht weiter.